

Hans-Jürgen Schröder, Gießen

Die amerikanische Exekutive in der Weltwirtschaftskrise: Roosevelts *New Deal* aus nationalsozialistischer Sicht*

Die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1939 führte vor allem in den Industriestaaten zu schweren ökonomischen, sozialen und politischen Erschütterungen. Das gilt insbesondere für die beiden Länder, die von der Weltwirtschaftskrise am stärksten betroffen waren, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Entwicklung in Deutschland, namentlich die verfassungspolitischen Konsequenzen, stehen hier nur indirekt zur Debatte. Es sei jedoch daran erinnert, daß die Aushöhlung der Weimarer Verfassung bereits mit den Präsidialkabinetten Brüning, Papen und Schleicher unübersehbar eingesetzt hatte. Den Halbdiktaturen folgte dann seit 1933 der Übergang zum totalitären Führerstaat.

Die Vereinigten Staaten haben demgegenüber eine Krisentherapie gewählt, welche die Fundamente der demokratischen Verfassungsordnung prinzipiell nicht in Frage stellte. Das gilt es vor allem in Hinblick auf zeitgenössische Fehldeutungen bereits einleitend festzuhalten. Allerdings kam es innerhalb des amerikanischen Verfassungsgefüges zu erheblichen Machtverschiebungen zugunsten der Exekutive. Der Name Franklin Delano Roosevelt steht für eine Entwicklung, die schließlich zu einer immer größeren Machtkonzentration im Weißen Haus führte. Der vorläufige Höhepunkt dieses Prozesses in den 70er Jahren wird durch Begriffe wie "Imperial Presidency" charakterisiert. Schon rein äußerlich ragt der 32. Präsident der USA durch seine lange Amtszeit (1933-1945) heraus. Immerhin hat man es nach dem Zweiten Weltkrieg dann für notwendig erachtet, die Wiederholung eines solchen Vorganges dadurch zu verhindern, daß die Amtszeit des Präsidenten auf zehn Jahre begrenzt wurde. Die Machtausweitung der Exekutive in den 30er Jahren wurde fraglos dadurch begünstigt, daß Roosevelt bei seinem Einzug ins Weiße Haus auf ein Machtvakuum stieß. Hierfür war zum einen sicher die individualistische, auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft vertrauende Staatsphilosophie seines Amtsvorgängers Herbert Hoover verantwortlich. Zum anderen mußte die lange Phase von der Präsidentenwahl im November bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten im März des folgenden Jahres gerade in Krisenzeiten als unerträglich empfunden werden. Die Monate von Anfang November 1932 bis zum März 1933 sind dann auch treffend als "Interregnum of Despair" charakterisiert worden.¹ Roosevelt hat dieses Machtvakuum konsequent gefüllt, die amerika-

nische Bevölkerung hat dies auch von ihm erwartet, sie verlangte nach "leadership". Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem die Staatsintervention zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise. Namentlich zwei Gesetzgebungswerke, der *Agricultural Adjustment Act* und der *National Industrial Recovery Act* bildeten zunächst die Hauptsäulen der Roosevelt'schen Krisen-therapie, die auf eine gleichzeitige Bekämpfung der industriellen und landwirtschaftlichen Depression abzielte. In Kombination vor allem mit der Sozialgesetzgebung waren nahezu alle Lebensbereiche der Amerikaner von Roosevelts *New Deal* berührt. Bereits zeitgenössische Beobachter haben die innovativen Ansätze des Roosevelt'schen *New Deal* als „Revolution“ empfunden, zumindest aber als solche propagiert.² Die historische Forschung hat freilich die These von der Roosevelt-Revolution kritisch bewertet, und namentlich die revisionistische Geschichtsschreibung hat stärker die "Conservative Achievements of Liberal Reform" betont.³ Im folgenden soll allerdings nicht der Versuch unternommen werden, den Wandel in der Einschätzung Roosevelts durch die Geschichtswissenschaft nachzuzeichnen, vielmehr soll ein spezifischer Aspekt der zeitgenössischen Beurteilung Roosevelts herausgearbeitet werden: die Beurteilung des *New Deal* in deutschen Kommentaren der dreißiger Jahre, in denen das Handeln Roosevelts ganz im Zentrum der Überlegungen stand. Hierfür sollen zunächst einige Beispiele zitiert werden, um anschließend die Frage nach der Bedeutung dieser Kommentare für die nationalsozialistische Politik aufzuwerfen. Das gilt für die Innen- und Außenpolitik im allgemeinen und besonders für die deutsch-amerikanischen Beziehungen.⁴

Unmittelbar nach der ‚Machtergreifung‘ war die nationalsozialistische Publizistik zunächst damit befaßt, amerikanische Kritik an der nationalsozialistischen ‚Revolution‘ zu korrigieren und zurückzuweisen. So verwahrte sich ein nationalsozialistischer Publizist nachdrücklich gegen den Vorwurf, der Nationalsozialismus verfolge „reaktionäre“ oder „aggressiv-imperialistische“ Tendenzen. Hier handele es sich allein um eine „verlogene Behauptung“, mit der die „internationale Systempresse“ versuche, die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten gegen das „neue Deutschland aufzustacheln“. Solche Behauptungen entbehrten jeder Grundlage, denn Deutschland denke nicht daran, den „ersten Platz an der Sonne“ zu beanspruchen, sondern lediglich „auch einen Platz an ihrem Licht, wie es einem alten 65 Millionen zählenden Kulturvolk gebührt“. Deutschland wolle nichts als die Gleichberechtigung unter den Völkern und es hoffe, daß „gerade das amerikanische Volk“, dem der Begriff der „Fairness“ im Blute liege, „uns hierzu auch fernerhin unterstützt“. Diese „richtige“ Auffassung der Gleichberechtigungsfrage sei für ein „freundschaftliches Verhältnis“ zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ebenso wichtig, wie eine Aufklärung der amerikanischen öffentlichen Meinung über den „eigentlichen Charakter der nationalsozialistischen Bewegung“, bei der es sich in keiner Hin-

sicht um eine „reaktionäre“, sondern um eine „revolutionäre“ Erscheinung handle.⁵ Mit der Betonung des vermeintlich revolutionären Charakters der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde bereits die Richtung deutlich, wie man Entwicklungen in den USA für deutsche Zwecke auszubeuten gedachte.

Einer revolutionären Bewegung müsse gerade die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, so lautete das Argument, Sympathien entgegenbringen.

Da sie selbst aus einer Revolution hervorgegangen sei, werde [sie] sich den lebendigen Sinn dafür bewahrt haben, daß gesetzliche Bestimmungen, die zur Zeit der Kolonialisierung Amerikas gerade durch die jedem Einzelnen gewährte Freiheit eine Erleichterung der schöpferischen Pionierarbeit bedeuten, im Zeitalter des allmächtigen Börsenkapitals ins schädliche Gegenteil umschlagen konnten, indem sie nationale Gesamtinteressen der Selbstsucht privater Wirtschaftsinteressen unterordneten. Dies haben auch die zahlreichen 'Amendements' zur amerikanischen Konstitution, sowie die Antitrustgesetze bewiesen.⁶

Die Amerikaner hätten immer gezeigt, daß sie durchaus in der Lage seien, sich den sich wandelnden Verhältnissen anzupassen, und aus diesem Grunde müßten sie zwangsläufig auch dem innenpolitischen Umbruch in Deutschland Verständnis entgegenbringen. Wenn eine „gewisse internationale Presse“ versuche, Hitler zum „Kretin oder zum Werkzeug“ zu stempeln, indem sie zur „Schürung innerer Konflikte in der nationalsozialistischen Bewegung“ seine Ideen „bald dieser, bald jener führenden Persönlichkeit des Dritten Reiches“ zuschreibe, dann müsse man an jeden „fair denkenden Amerikaner“ die Frage richten, ob er hier nicht die „gleichen Mittel“ erkenne, die gegenwärtig gegen seinen „eigenen heroisch um die Wiedergesundung Amerikas kämpfenden Präsidenten angewandt werden“.⁷

Hier klingt bereits jene positive Bewertung Roosevelts an, die in bewußter Frontstellung zur Legislative die Führungsqualitäten des amerikanischen Präsidenten in den Mittelpunkt der Betrachtung stellte. Bisher habe kein Präsident die Zügel der Vereinigten Staaten in „so schwerer Stunde“ übernommen „als gerade Roosevelt“. Die deutsche Publizistik stellte sich auf die Seite der amerikanischen Anhänger Roosevelts, die erklärten, daß er die Vereinigten Staaten im letzten Augenblick vor dem Zusammenbruch gerettet habe: „Daß Roosevelt gleich nach seinem Amtsantritt, durch Erklärung des Bankmoratoriums und die Einberufung des 73. Kongresses, sein Versprechen, den ‚vergessenen Mann‘ über den ‚Besitz‘ zu stellen, erfüllt und ihn vor dem Ruin bewahrt hat, kann ebensowenig bezweifelt werden, als daß die meisten seiner nachfolgenden diktatorischen Erlasse durch die Not der Stunde gerechtfertigt waren“. Es wurden die Roosevelt'schen Wirtschaftsmaßnahmen überaus positiv beurteilt, und als

wichtigste der, wie es hieß, „diktatorischen Reformen“ wurde der *National Industrial Recovery Act* gesehen.⁸

Am positivsten wurden die Roosevelt'schen Führungsqualitäten im *Völkischen Beobachter* kommentiert. Roosevelt, so der *Völkische Beobachter*, gehöre zweifellos zu den Männern, die „die Psychologie ihres Volkes intuitiv erfaßt haben und zu Zeiten der geistigen und materiellen Not in der Lage sind, kraft ihres unerschütterlichen Optimismus und kraft ihres eigenen Glaubens an die Zukunft ihres Landes den zwischen Hoffen und Bangen einherschwankenden Massen neuen Glauben einzuflößen“. ⁹ Roosevelt wurde als ein „bewußter Idealist“ charakterisiert, der nicht nur für einen Teil des Volkes, sondern für die „ganze Nation“ regiere.¹⁰ Roosevelt habe das Format „eines nationalen Führers, eines Regenten mit ungewöhnlichen Führergaben und Führergewalt“¹¹, so hieß es, und durch „Proklamierung eines neuen Gemeinschaftsgeistes“ sei es ihm gelungen, die „Massen in seine Gefolgschaft zu bannen“. Es schien unbestritten, daß der neue amerikanische Präsident in den Vereinigten Staaten auf politischem und sozialem Gebiet der „Nation ein Führer und Reformator geworden“ sei, der „sein Volk“ zu einem „neuen Ethos des Gemeinschaftslebens führen will“. ¹² Von Roosevelt wurde angenommen, daß er gewillt sei, die „unselige Vertuschungspolitik und Schönfärberei seines Amtsvorgängers“ aufzugeben und „seinem Volk den Ernst der Lage“ klar zu machen, um die „gutgesinnten Amerikaner durch äußerste Kraftanstrengung“ und durch eine „vom Gedanken der Volksgemeinschaft beseelte Arbeit“ zur Mitarbeit an der Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage zu verpflichten.¹³ Der neue Präsident, der begriffen habe, daß „das Gesetz des ewigen Wandels auch in der neuen Welt sich nicht verleugnet“¹⁴, habe die „Führerschaft des Millionenvolkes“ übernommen und er besitze auch die „innere Kraft“, alle Widerstände zu überwinden.¹⁵

So kann es kaum überraschen, daß der *Völkische Beobachter* das erste Amtsjahr des Präsidenten in einem überaus positiven Kommentar resümierte und namentlich die Machtkonzentration im Weißen Haus lobend hervorhob. Das erste Jahr seiner Regierung, das eine „neue Wirtschaftsgesinnung heraufdämmern sah und den amerikanischen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erblickte“, habe dem Präsidenten eine „selbst unter den amerikanischen Verhältnissen ungeheure Machtfülle“ gebracht und auf diese Weise überhaupt erst die Maßnahmen ermöglicht, „die jede für sich in ihrer inneren Einstellung und in ihrem Ausgangspunkt Ungeheures für die Vereinigten Staaten bedeuteten“, nicht nur, weil sie einen „völligen Bruch“ mit der „altüberlieferten demokratischen Staatsform darstellten“, sondern weil sie vor allem den „Durchbruch einer neuen Staats- und Wirtschaftsgesinnung vorbereiteten“. Wenn eine „Volksströmung“ Roosevelt zum „Führer“ „kürite“, dann sei dies aus der klaren Erkenntnis geschehen, daß sich die Verhältnisse in der ganzen Welt „grundlegend“ geän-

dert hätten. Die Welt befinde sich nicht nur in einem „erbitterten Ringen um ihre Existenz“, sondern sie stecke auch in einer „tiefgreifenden revolutionären Krise auf politischem, ökonomischem, sozialem und kulturellem Gebiet“, eine Entwicklung, die auch eine „Umstellung und Änderung der Menschen“ bedinge. Aus dieser „inneren Einsicht heraus“ habe Roosevelt den Schluß gezogen und mit den „überholten Idolen der vergangenen Hoover-Periode endgültig gebrochen“. Diese Bereitschaft zum Bruch finde sich auch darin bestätigt, daß Roosevelt mit der „alten Monroedoktrin [...] aufgeräumt“ und die Politik der „friedlichen Nachbarschaft“ proklamiert habe.¹⁶

Dieser „Bruch mit der traditionellen alten Machtpolitik“, hieß es in einem anderen Kommentar, sei von den lateinamerikanischen Staaten mit „großer Befriedigung“ vermerkt worden. Hier werde gleichzeitig deutlich, daß die „Triebkräfte nationalistischen Gepräges, die die alte Welt revolutionieren und hier eine nationale, kulturelle und soziale Revolution auslösten“, „auch jenseits des Atlantik Kräfte zum Erwachen gebracht“ hätten, die dem „Nationalbewußtsein“ und dem „rassischen Zusammengehörigkeitsgefühl“ der Bewohner Lateinamerikas „starken Auftrieb verliehen“.¹⁷

Auf Anregung des Auswärtigen Amtes nahm Hitler den Ablauf des ersten Jahres der Roosevelt-Administration zum Anlaß, den amerikanischen Präsidenten zu seinen „heroischen Anstrengungen“ im Interesse des amerikanischen Volkes aufrichtig zu beglückwünschen. Der erfolgreiche Kampf des Präsidenten gegen die wirtschaftliche Notlage, so hieß es in dem Glückwunschtext, werde vom gesamten deutschen Volk mit Interesse und Bewunderung verfolgt. Der Herr Reichskanzler stimme mit dem Herrn Präsidenten darin überein, daß die Tugend der Pflicht, der Opferbereitschaft und der Disziplin das ganze Volk beherrschen müßte; diese sittlichen Forderungen, die der Präsident an jeden einzelnen Bürger der Vereinigten Staaten stelle, sei auch die Quintessenz der deutschen Staatsverfassung, die ihren Ausdruck finde in dem Wahlspruch „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“.¹⁸

Besonders interessante Aufschlüsse über die Beurteilung Roosevelts durch die nationalsozialistische Publizistik in der Anfangsphase des Dritten Reiches gibt die überaus positive Aufnahme seines Anfang 1933 veröffentlichten Buches *Looking Forward*, das schon wenige Monate später in deutscher Übersetzung erschien.¹⁹ Der Rszensent des *Berliner Tageblatts* entdeckte bei der Lektüre der Roosevelt'schen Publikation „planwirtschaftliche Gedanken überall“. Nur wer mit der „gründlich individualistische[n] Grundrichtung“ der Amerikaner vertraut sei, könne die „Wandlung ermessen, die Präsident Roosevelt nicht etwa in den Zeiten des Kampfes um seine Wahl, sondern nachdem er den Gipfel gewonnen hatte, dem amerikanischen Volk zumutet“. Und es sei „keine Verkleinerung des Sprunges, zu dem er sich anschickt, höchstens eine seelische

Erleichterung des Entschlusses, wenn Roosevelt sein weitgehend staatssozialistisches Programm nicht von ausländischen Vorbildern, etwa von Deutschland oder Italien, sondern von dem großen Begründer der amerikanischen Demokratie Thomas Jefferson“ herleite.²⁰

Die *Kölnische Zeitung* ging in diesem Zusammenhang noch weiter, als sie unter der Überschrift „Die Revolution in den Vereinigten Staaten“ die Publikation Roosevelts „ein Dokument der revolutionären Umgestaltung“ nannte, „die nun nach den Vorgängen in großen europäischen Reichen auch die neue Welt zu ergreifen“ scheine. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet werde der Welt von den Vereinigten Staaten ein „Schauspiel geboten, wie es spannender kaum zu denken“ sei.²¹

Der Berliner Osteuropa-Historiker Otto Hoetzsch wies in seiner ausführlichen Besprechung des Rooseveltschen Buches ebenfalls auf die Bedeutung der „gewaltigen Umwälzung“ hin, welche die Vereinigten Staaten „heute durchmachen“, und er gewann den Eindruck, „als wenn wir, gleichfalls in einer atemberaubenden revolutionären Umgestaltung, zu wenig auf diese säkulare Umwälzung in den Vereinigten Staaten blickten, die uns auch lehrreiche Hinweise geben könnte“. Hoetzsch bewunderte die Krisenbekämpfung durch Roosevelt, der mit „größter Kühnheit und Rücksichtslosigkeit“ vorgehe, um „rücksichtslos die Folgerungen für Regulierung und Planung in der Wirtschaft zu ziehen“. Bei der Analyse der Rooseveltschen Wirtschaftspolitik verneinte Hoetzsch die Frage, ob Roosevelt eine „kollektivistische oder sozialistische Theorie für ein entsprechendes staatswirtschaftliches Programm“ vorgelegt habe. Zwar scheue der Präsident in der Praxis ebensowenig wie gedanklich davor zurück, daß der Staat sich „wirtschaftlich betätigt, mag es ihm recht sein oder nicht“. Roosevelt sei sicher „innerlich bereit, wie er auch gezeigt hat“, der „Diktator der Wirtschaft und der Währung“, der „ökonomische Staatsmann“ zu sein, aber er sei

theoretisch kein Staatssozialist, überhaupt kein Sozialist. Gerade durch den Staat, der plant und kontrolliert, der die wenigen Wirtschaftsdiktatoren des extrem-kapitalistischen Systems wieder zurückdämmt und einordnet, will er dem einzelnen den Weg wieder frei machen. Er rückt so in der tiefsten Grundlage seiner Auffassung von Wirtschaft und Staat ganz weit ab von Marx und Lenin und steht in Verwandtschaft zu den Gedankengängen Mussolinis und Hitlers.²²

„Wir in Deutschland, die in der großen Not unserer Zeit um eine Neugestaltung unseres Lebens ringen“, so hieß es in einer anderen Rezension, „werden in vielem, was der Führer Amerikas zu sagen hat, das heraushören, was heute in scharfer Prägung als Zielsetzung unserer Neugestaltung gilt.“²³ Ähnlich erblickte auch die *Deutsche Wirtschafts-Zeitung* in dem Rooseveltschen Pro-

gramm die „Bereitschaft zu tiefgreifenden Reformen unter Preisgabe jahrhundert alten geistigen Ballastes“ und in dem „Streben nicht nur nach neuen wirtschaftlichen Formen“, sondern darüber hinaus auch nach einem „neuen geistigen und ethischen Inhalt“ des gesamten Lebens „manche, zum Teil sehr weitgehende Anklänge an die nationale Erhebung“ in Deutschland. Das Buch Roosevelts sei ein Zeugnis für eine „tiefgreifende Umwälzung“ des gesamten wirtschaftlichen und darüber hinaus auch des politischen Denkens in den Vereinigten Staaten, eine Entwicklung, die gerade für den deutschen Leser wegen der erkennbaren „Parallelen zu unseren deutschen Verhältnissen“ von besonderem Interesse sei.²⁴

Der *Völkische Beobachter*, der sich noch im Mai 1933 gescheut hatte, bei der Analyse der amerikanischen Vorgänge offen „eine Parallele zu Deutschland“ zu ziehen²⁵, ging sogar noch weiter, wenn er die von Roosevelt in seinem Buch vorgetragenen Vorstellungen einer aktiven Wirtschaftspolitik, die die Zeitung in die Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ preßte, nicht nur lebhaft begrüßte, sondern sogar die Auffassung vertrat: „Manche Sätze könnte ein Nationalsozialist geschrieben haben. Jedenfalls kann man annehmen, daß Roosevelt für das Gedankengut des Nationalsozialismus viel Verständnis besitzt.“²⁶ Übrigens zeigte sich Benito Mussolini in seiner Rezension des Rooseveltschen Buches ebenfalls von den wirtschaftlichen Auffassungen des amerikanischen Präsidenten fasziniert. Er erblickte in der Wirtschaftspolitik Roosevelts, die er als „entschieden interventionsfreundlich“ charakterisierte, starke Berührungspunkte zum Faschismus. „Die Atmosphäre, in der sich sein System theoretisch und praktisch bewegt, ist gewiß der Atmosphäre des Faschismus ähnlich, aber es wäre eine Übertreibung“, so fügte Mussolini einschränkend hinzu, „mehr zu sagen.“²⁷ Eine amerikanische Zeitung griff diesen Vergleich auf und vertrat die Auffassung, daß der italienische Staatschef nach dem Anlaufen der NIRA-Maßnahmen neue Berührungspunkte zwischen *New Deal* und Faschismus erkennen werde.²⁸

Bei aller Bewunderung für das „fast revolutionär zu nennende Sozialprogramm“ Roosevelts²⁹ und seine als „kühne Eingriffe in die Arterien der Wirtschaft“ bezeichneten konjunkturpolitischen Maßnahmen wurde allerdings nicht übersehen, daß der „ganz große und der Dauererfolg ausgeblieben“ sei. Immerhin seien von den 14 Millionen Arbeitslosen noch immer zehn Millionen ohne Beschäftigung, stellte der *Völkische Beobachter* im Juli 1934 fest.³⁰ Vor allem die im Gegensatz zu Deutschland in den Vereinigten Staaten vorherrschende „Unsicherheit über die große Linie der staatlichen Wirtschaftspolitik“, kommentierte die *Deutsche Wirtschafts-Zeitung* den „Konjunkturückschlag“ vom Sommer 1934, habe „vom Anfang der Amtszeit Roosevelts an die konjunkturelle Belebung einigermaßen gehemmt“. Ein weiteres Hemmnis für die wirksame Entfaltung des *New Deal* erblickte die *Deutsche Wirtschafts-Zeitung* in

dem Bekenntnis Roosevelts zu „unseren grundlegenden republikanischen Methoden“, wie es der Präsident in seinem Buch *On Our Way* formuliert hatte. Roosevelt habe zwar sein Amt mit dem besten Willen angetreten, es genüge aber nicht, einen neuen Geist in der Wirtschaft zu „predigen“, man müsse vielmehr die „Kanäle verstopfen“, durch die der „alte Geist schon bisher verhängnisvoll in die Wirtschaftspolitik eingegriffen“ habe. Zweifellos sei Roosevelt mit „ehrlichem Wollen“ und wirtschaftlich „teilweise richtigen Methoden“ an die „Erneuerung des wirtschaftlichen Denkens“ in den Vereinigten Staaten herangegangen. Aber „er ist auf halbem Wege stehen geblieben, weil er den neuen wirtschaftlichen Wein in die alten politischen Schläuche gegossen hat“. In einem demokratisch-parlamentarischen Staat könne man letztlich überhaupt keine „aktive Konjunkturpolitik“ betreiben, da jede „große Regierungsaktion auf wirtschaftlichem Gebiet“ auf die von Sonderinteressen einzelner Gruppen gesetzten Grenzen zu stoßen drohe. Als Beweis wurden die Krise des deutschen Parlamentarismus in den Jahren nach 1930 und das Versagen der Weimarer Republik vor der Wirtschaftskrise bemüht: „Hätten der Reichstag und die Landtage noch die unheilvolle Rolle spielen können, die sie bis Ende 1932 gehabt hatten, dann hätte jede dieser Gruppen einen gefährlichen Einfluß auf die deutsche Wirtschaft gewinnen können.“³¹

Der *Völkische Beobachter* war in diesem Zusammenhang mit seiner Kritik wesentlich zurückhaltender, ja, er bewertete die Verdienste Roosevelts gerade angesichts der Schwierigkeiten, wie sie sich aus einer parlamentarischen Kontrolle ergaben, umso höher. Es sei „klar“, daß Roosevelt auf seiner „schmalen und unzureichenden Basis alles nur Menschenmögliche erreicht“ habe, denn immerhin habe er „gründlich mit der liberal-demokratischen Wirtschaftsdoktrin aufgeräumt“ und die Leitung des gesamten wirtschaftlichen Lebens der Staatsführung unterstellt.³² Das Rooseveltsche Reformwerk in seiner Gesamtheit sei derart, daß „viele daraus von Bestand sein wird und eine neue, soziale und politische Entwicklung in den Staaten eingeleitet hat“. Zweifellos seien Roosevelt bei der Durchführung seiner Reformen auch „erhebliche Irrtümer“ unterlaufen und billigerweise müsse man auch zugeben, daß „in vielem auch Halbheiten stecken, besonders in der wirtschaftlichen Neugestaltung“, die vor allem die private Unternehmerinitiative teilweise lahmgelegt habe. Roosevelt habe es aber immerhin verstanden, „den Zauber seiner Persönlichkeit zur Geltung zu bringen“ und auf diese Weise seine Position gegenüber dem Parlament „so ziemlich unangreifbar“ zu machen.³³

Als Beweis für die starke Position des Präsidenten dienten die bereits in den ersten Monaten der Amtszeit Roosevelts vom Kongreß verabschiedeten Gesetze, die der Exekutive zur Bekämpfung von Symptomen und Ursachen der Wirtschaftskrise umfangreiche Vollmachten übertrugen. Aus der Fülle der gesetzlichen Maßnahmen seien hervorgehoben: *Agricultural Adjustment Act*

(AAA), *National Industrial Recovery Act* (NIRA) und das Gesetz zur Etablierung eines gigantischen Entwicklungsprogramms im Bereich des Tennessee-Tals, der *Tennessee Valley Authority* (TVA). Unter der Überschrift „Roosevelts diktatorische Gesundheitsmaßnahmen“ nahm der *Völkische Beobachter* zu der *New Deal*-Gesetzgebung der „Hundert Tage“ ausführlich Stellung. Nach dem Zusammenbruch der „Periode der Prosperity, des hemmungslosen Spekulantentums“, hätten die wirtschaftlichen Ereignisse in den Vereinigten Staaten eine Entwicklung genommen, die „niemand für möglich gehalten hätte“. Mit dem vorausgegangenen „Zusammenbruch von nie gekanntem Ausmaß“ sei vom neuen Präsidenten jetzt eine „Riesenaufgabe“ zu bewältigen. Zunächst habe Roosevelt „diktatorische Vollmachten“ zur Überwindung der Krise gefordert. „Und Wunder über Wunder, Senat und Parlament erteilten ohne Widerspruch Blankovollmachten. Die Volksvertretung des demokratischsten aller Länder ließ sich gern ausschalten und überließ dem neuen Präsidenten die Verantwortung und gab ihm volle Handlungsfreiheit.“ Damit habe sich auch in dem „demokratischen Amerika“, so betonte der *Völkische Beobachter*, das „Führerprinzip“ durchgesetzt.³⁴ Darüber hinaus schien es Roosevelt zu verstehen, sich zumindest zeitweise der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen und schon während der ersten längeren Sitzungspause des Kongresses vom Juni 1933 bis zum Januar 1934 „praktisch Diktator der amerikanischen Wirtschaft“ zu sein.³⁵

Als der Kongreß Anfang 1934 bis zum Zusammentritt des neuen Kongresses nach den Novemberwahlen dem Präsidenten erneut zahlreiche Vollmachten zur Gestaltung des Wirtschaftslebens gab, da wurde die überaus starke Position Roosevelts wiederum sehr herausgestrichen. Der Kongreß habe dem Präsidenten Blankovollmachten erteilt. Damit sei, so lautete die Folgerung, eine „Diktatur des Präsidenten auf durchaus verfassungsmäßiger Grundlage begründet worden“. Der Präsident sei nun fast sieben Monate lang praktisch „unumschränkter Herrscher und Gebieter“ in den Vereinigten Staaten, eine Machtposition, die der eines „Diktators nicht allzu unähnlich“ sei. Hier habe der amerikanische Kongreß eine gesetzgeberische Arbeit geleistet, die nicht allein „einen radikalen revolutionären Bruch mit den althergebrachten demokratischen Überlieferungen“ darstelle, sondern die darüber hinaus „ganz offensichtlich eine grundlegende Umgestaltung auf verfassungsrechtlichem Gebiet“ zur Folge haben werde.³⁶ Die „Fiktion der Demokratie besteht noch“, hieß es in einem anderen Kommentar, aber die „Entwicklung zum autoritären Staat bahnt sich an.“³⁷

Angesichts dieser Kommentare, die die starke Stellung Roosevelts betonten, kann es nicht überraschen, wenn der Ausgang der Kongreßwahlen vom November 1934, die den Demokraten einen großen Stimmenzuwachs gebracht hatten, als Bestätigung dafür gesehen wurde, daß sich die amerikanische Nation unter dem Eindruck der „übermächtig drängenden Probleme der Zeit lieber der

Führung eines energischen Mannes“ anvertraue, als sich auf „Theorien“ zu verlassen, die zu „ihren Gunsten höchstens anführen können, daß sie in den U.S.A. bisher traditionell waren“. Zwar habe Präsident Roosevelt, der „lebenswarme Führer des Volkes“ einerseits, zum anderen der „energische Politiker“, mit seinen Einzelmaßnahmen noch keinen endgültigen Erfolg errungen, aber das Wahlergebnis zeige deutlich, daß die „entschlossene, zum Zupacken jederzeit ereite Persönlichkeit des Präsidenten“ sich „unbestrittene Geltung“ verschafft habe. „Seine tadelfreie verantwortungsvolle Gesinnung und sein unverrückbarer Wille, für die Gesamtheit des Volkes einzutreten, haben ihm die Gefolgschaft der amerikanischen Nation gesichert.“³⁸

Die von Roosevelt angestrebte und vom Wähler offenbar akzeptierte „Verjüngung der demokratischen Staats- und Gesellschaftsverfassung der Vereinigten Staaten im sozialen Geiste“, so ein Kommentar im *Völkischen Beobachter*³⁹, schien allerdings in Frage gestellt, als der *Supreme Court* seit Sommer 1935 mit verschiedenen Urteilen gegen die *New Deal*-Gesetzgebung dem Präsidenten „hemmend in den Arm gefallen“ war.⁴⁰ Bereits durch das Urteil des *Supreme Court* vom Mai 1935, das die NIRA als verfassungswidrig erklärte, war Roosevelts Handlungsfähigkeit in Gefahr. Allerdings war das Gesetz nicht aus materiellen Gründen verworfen worden, sondern weil zum einen die Bundeskompetenz und zum anderen der Machtzuwachs der Exekutive dem Gericht zu weit ging. Eine zweite wichtige Säule des *New Deal*, der *Agricultural Adjustment Act* wurde im Januar 1936 für verfassungswidrig erklärt; diesmal richtete sich das Urteil in der Hauptsache gegen Lohn- und Arbeitszeitregelungen durch die Bundesregierung und die Einzelstaaten und drohte mithin den *New Deal* in seinem Kern zu treffen. Und 1935/36 war noch nicht absehbar, daß Roosevelt schließlich in der Lage war, durch Umformulierung von Gesetzesvorhaben und mehr oder minder sanfte Pressionen auf die Judikative die Klippen des *Supreme Court* zu umschiffen. Die für Roosevelts *New Deal* zunächst überaus bedrohliche Situation durch die Rechtsprechung des *Supreme Court* in den Jahren 1935/36 wurde von der nationalsozialistischen Publizistik allerdings nicht mit Schadenfreude quittiert. Vielmehr richtete sich die Kritik gegen den *Supreme Court*. Durch das Urteil gegen den NIRA, so hieß es, habe Roosevelt den bisher „schwersten Schlag“ seiner Amtszeit hinnehmen müssen und „der ‚Blaue Adler‘, das Sinnbild des Rooseveltischen Wiederaufbauwerkes“, sei „tödlich getroffen“. Damit sei der Versuch Roosevelts, alle Zweige der amerikanischen Wirtschaft in einem „korporativen Organismus zu vereinigen und durch staatliche Steuerung die Lohn- und Preispolitik in der Union entscheidend zu beeinflussen, als mißlungen anzusehen“. Denn die 575 Codes seien durch „einen juristischen Federstreich“ zu einem „Fetzen Papier degradiert“ worden.⁴¹ Aufgrund „reiner juristischer Formalien“ habe der *Supreme Court*, der „Hüter des demokratischen Gedankengutes“, das „Wiederaufbauwerk“ des „großen

sozialen Reformators des amerikanischen Wirtschaftslebens“ gehemmt und damit „Vorspanndienste“ für jene Kreise geleistet, die einer „uneingeschränkten Ausnutzung des großen Heeres des kleinen Mannes durch die großen Kapitalmächte das Wort führten“. Ebenso habe der *Supreme Court* mit seinen Urteilen gegen den *Agricultural Adjustment Act* „mit einem einzigen juristischen Federstreich der A.A.A. ein Ende bereitet“ und auf diese Weise die „unbestreitbaren Erfolge“ der ganzen Rooseveltischen Wirtschaftspolitik gefährdet.⁴²

Die Rooseveltische Wirtschaftspolitik war durch den Widerstand des *Supreme Court* in eine Schlechtwetterzone geraten, und der *Völkische Beobachter* warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob es dem Präsidenten noch einmal gelingen werde, das „Übergewicht zu erhalten und die Verfassung der ‚demokratischsten‘ Republik der Welt [...] mit den modernen wirtschaftlichen Erfordernissen in Einklang zu bringen“. Diese Frage wurde Mitte 1936 zumindest indirekt bejaht, wenn zusammenfassend festgestellt wurde, daß die Urteile des *Supreme Court* die bereits vorhandenen Unsicherheitsmomente innerhalb der amerikanischen Wirtschaft zwar intensiviert hätten, daß die amerikanische Wirtschaft dank der Rooseveltischen Reformen aber dennoch „ihre Bewegungsfähigkeit im vollen Umfange zurückgewonnen“ habe, wenn insbesondere dem „Erwerbsstreben des einzelnen ein großer Auftrieb“ gegeben worden sei.⁴⁴

Hier, in der Kommentierung der innenpolitischen Schwierigkeiten Roosevelts, bot sich sogar Gelegenheit, kritische Äußerungen über die totalitären Staaten als rein inneramerikanisches Problem umzudeuten. Das gilt etwa im Hinblick auf Roosevelts Jahresbotschaft vom 3. Januar 1936, in der Roosevelt einige kritische Bemerkungen über die totalitären Staaten hatte fallen lassen. Der Präsident hatte unter anderem die Auffassung vertreten, „world peace and world good-will are blocked by only 10 or 15 percent of the world's population. That is why efforts to reduce armies have thus far not only failed, but have been met by vastly increased armaments on land and in the air. That is why the efforts to continue the existing limits on Naval armaments into the years to come show such little current success.“⁴⁵

In den Kommentaren zu diesen Ausführungen wurde Roosevelt von der nationalsozialistischen Presse als „Papst der Demokratie“⁴⁶, als „Wilsons Nachfolger“⁴⁷ und als „Der Weltschiedsrichter“⁴⁸ klassifiziert. Der Präsident habe „uns Europäern eine wohlgemeinte Kapuzinerpredigt gehalten“, deren Ton „stark an Wilson“ erinnere.⁴⁹ Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* sah jedoch bewußt davon ab, dem amerikanischen Präsidenten eine „Gegenrechnung aufzumachen“, es wurde vielmehr die Frage aufgeworfen, ob die starke Betonung der Außenpolitik in der Rooseveltischen Rede nicht letztlich von den innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken sollte, denn der „innenpolitische Teil der Botschaft Roosevelts mußte nach den Enttäuschungen des letzten Jahres etwas

mager ausfallen“. Wenn der Präsident das „hohe Lied Amerikas außenpolitisch zu singen“ sich entschlossen habe, dann könne das jedoch nichts daran ändern, daß die Bürger der Vereinigten Staaten das „brave Amerika schließlich daran messen“ würden, wie es ihnen selbst gehe und nicht daran, daß sie „besser seien als einige böse andere Länder“. ⁵⁰

Überhaupt klinge die Bemerkung des amerikanischen Präsidenten, „daß eine kriegslüsterne Minderheit von 10 v.H. aller Völker die zufriedenen 90 v.H. in Unruhe hielten“, meinten die *Hamburger Nachrichten*, „doch reichlich pharisäerhaft“ und treffe nicht den „Kern der gegenwärtigen Schwierigkeiten“ in der Welt. So sehr von deutscher Seite jede Politik begrüßt werde, die geeignet sei, den Ausbruch und die Ausdehnung kriegserischer Verwicklungen zu verhüten, wie es sich die amerikanische Neutralitätspolitik zur Aufgabe gemacht habe, so wenig könne man doch einer „Beschuldigung autoritärer staatlicher Lebensformen“ zustimmen. Schließlich habe auch die Demokratie in den Vereinigten Staaten, „gerade unter der Präsidentschaft Roosevelts, der ein trauriges wirtschaftliches Erbe vorfand, einige autoritäre Züge angenommen, die waschechten Demokraten alten Schlages starke Kümmernisse“ bereiteten. Roosevelt stehe es „also nicht gut zu Gesicht, gegenüber den ‚autokratischen‘ Ketzern die Rolle des Papstes der Demokratie zu spielen.“ ⁵¹

Gerade in den hier hervorgehobenen autoritären Zügen des Präsidenten aber erblickte der *Völkische Beobachter* einen gewissen innenpolitischen Zwang Roosevelts zu deren lautstarker Verurteilung. In seiner Rede, die einen „dringenden Appell an Parlament und Wähler“ darstelle, ihn angesichts der stärker werdenden Opposition des *Supreme Court* zu unterstützen, sei der Präsident insbesondere bestrebt gewesen, „den hauptsächlichen Vorwurf seiner Gegner, er sei ein Diktator, nach Kräften zu widerlegen“. Offenbar aus dieser Erwägung heraus sei in der Kongreßbotschaft von den „Autokraten“ des Auslandes die Rede, die ihre Völker versklaven und zum Krieg drängen, die ihren Bürgern die Segnungen der wahren Demokratie vorenthalten.“ ⁵² Die Rooseveltsche Botschaft an den Kongreß, so hieß es in einem anderen Kommentar, müsse man auf dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung deuten, wenn schon nicht als „Wahlrede“, so doch zum „mindesten als Botschaft an das amerikanische Volk“. Es sei Roosevelts „Tragik“, daß er seine „schicksalhafte Aufgabe der Neugestaltung Amerikas eigentlich nur auf dem Wege einer Diktatur durchführen könnte, daß jedoch Wort und Begriff ‚Diktatur‘ drüben derart diskreditiert“ seien, daß der Präsident seine „diktatorischen Maßnahmen“ immer von neuem „demokratisch bemänteln“ müsse. ⁵³

Das Festhalten der Vereinigten Staaten an der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform ist dann nach Kriegsausbruch auch von nationalsozialistischer Seite zum entscheidenden Kriterium für die Beurteilung der Rooseveltschen

Politik der 30er Jahre erklärt worden. „Warum“, so fragte die Zeitung *Das Reich* im Mai 1940 ⁵⁴, „ist in Amerika mißlungen, was bei uns in so erstaunlichem Umfang und mit so durchschlagender Gründlichkeit gelang?“ Während es in Deutschland geglückt sei, „den schrecklichen Krebschaden am Körper der Nation, die Arbeitslosigkeit, zu beseitigen“, ja sie sogar in „ihr Gegenteil zu verkehren“, biete sich in Amerika ein „anderes Bild“. Zwar sei die Zahl der Arbeitslosen gefallen, „sie geht aber immer noch hoch in die Millionen“. Denn dort hätten die „ungeheuren Beträge, die der Staat ausgegeben hat, nicht jene Wirkung erzielt, nicht jene tiefgehende Gesundung herbeigeführt, die wir bei uns erlebten“. Der „Erfolg“ auf der deutschen und der gescheiterte „Versuch“ auf der amerikanischen Seite ist dann in erster Linie damit erklärt worden, daß „das parlamentarisch-demokratische System“ Roosevelt dazu gezwungen habe, auf die „Stimmung der breiten, vielfach verletzten Massen Rücksicht zu nehmen, gewaltige Summen als Unterstützungen auszugeben, um sich das Wohlwollen der Wähler zu erhalten“. Auf solche Konzessionen habe die deutsche Politik demgegenüber verzichten können. „Wir begannen mit einer Idee“, stellte die Zeitung stolz fest, „und richteten die praktischen Maßnahmen mit unnachsichtiger Konsequenz nach dieser Idee aus.“

In Amerika habe man dagegen „diese Konsequenz nicht aufgebracht oder nicht aufbringen können“ und sei infolgedessen trotz „großartiger Ansätze“ im „wesentlichen gescheitert“. Hier habe eben eine „klare Leitidee“ gefehlt. Man habe vielmehr mit „vielen praktischen Maßnahmen“ begonnen, „die ohne inneren Zusammenhang für jede Wunde ein besonderes Pflaster zurechtzupften“. Der Versuch, „das Pferd gleichzeitig vom Kopfe und vom Schwanz her aufzuzäumen“, habe nur zur Folge gehabt, daß die getroffenen Maßnahmen „in der Wirklichkeit kollidierten oder sich in ihrer Wirkung gegenseitig aufhoben“. Hier, in der inneren Widersprüchlichkeit der verschiedenen *New Deal*-Maßnahmen ist zu Recht die geringe Durchschlagskraft des *New Deal* gesehen worden. Aus historischer Perspektive ist vor allem auf den im wesentlichen von Roosevelt zu verantwortenden vorschnellen Abbau der Haushaltsdefizite zu verweisen, der 1937/38 zu einer scharfen Rezession führte, die sich vor allem in einem Wiederanstieg der Arbeitslosenzahlen um 2 Millionen manifestierte.

Die innere Widersprüchlichkeit des *New Deal* und die überaus begrenzten Erfolge der Rooseveltschen Konjunkturpolitik wurden jedoch nicht in erster Linie dem Präsidenten angelastet. Die Verantwortung wurde vielmehr dem *Supreme Court* zugeschoben. Zwar sei man sich auch in den Vereinigten Staaten „theoretisch darüber klar“, daß man auch dort für die Gesamtwirtschaft planen müsse. In der Praxis habe sich dies jedoch nicht realisieren lassen, weil die „sakrosankte Verfassung jedem einzelnen unbedingte Bewegungsfreiheit“ garantiere. Alle Versuche, die Stellung der Kapitalgesellschaften auf dem „Wege der Verordnung oder des Gesetzes zu brechen“, so wurde behauptet, seien am

Einspruch des *Supreme Court* gescheitert, der sich als „grimmiger Hüter des Buchstabens der Konstitution“ erwiesen habe. Der angebliche Mißerfolg Roosevelts wurde damit erklärt, daß dem Präsidenten von der „freiesten Verfassung der Welt“ Grenzen gesetzt waren und ihm die Verschiebung einiger Grenzpflocke vom *Supreme Court* verwehrt worden sei. Diese einseitige Interpretation geht freilich an der Tatsache vorbei, daß es Roosevelt ungeachtet der ihm vom *Supreme Court* bereiteten Schwierigkeiten auch seit 1936 gelang, wichtige Gesetzesvorhaben zu realisieren; die Neufassung des *Agricultural Adjustment Act* im Jahre 1938 ist besonders hervorzuheben. Die nationalsozialistische Propaganda war allerdings nicht an einer objektiven Darstellung der *New Deal*-Gesetzgebung interessiert, sondern an einer propagandistischen Ausgestaltung: Wenn Verfassung und Verfassungshüter für den „Mißerfolg“ des Präsidenten verantwortlich gemacht wurden, dann konnte der prinzipielle Unterschied zwischen Roosevelt und Hitler überdies besonders einprägsam suggeriert werden. Auf die deutsche Entwicklung übertragen, sollte hier offenbar der Eindruck erweckt werden, daß der nationalsozialistische „Erfolg“ nur durch Hitlers entschlossene Durchsetzung der totalitären Führerstaats habe erreicht werden können. Die Begründung für den amerikanischen „Mißerfolg“ wurde also zumindest indirekt als Beleg für die Notwendigkeit nationalsozialistischer Zwangspolitik mißbraucht.

Abschließend soll die Frage nach den Motiven für die skizzierte Beurteilung Franklin D. Roosevelts im amerikanischen Verfassungssystem gestellt werden. Bei der Beantwortung wird man davon ausgehen müssen, daß die deutsche Publizistik nach der „Machtergreifung“ im nationalsozialistischen Kalkül eine wichtige Funktion zu erfüllen hatte: namentlich die Presse war fester Bestandteil in dem Bemühen der nationalsozialistischen Führung um eine propagandistische Abschilderung und Rechtfertigung der Innen- und Außenpolitik. Es war das erklärte Ziel von Propagandaminister Goebbels, „die Menschen so lange zu bearbeiten, bis sie uns verfallen sind“. ⁵⁵ Diesem Ziel dienten unter anderem die von der Reichsregierung an die Presse gegebenen Anweisungen, wie über bestimmte Ereignisse berichtet werden sollte. Hier wurde nichts dem Zufall überlassen: Die Journalisten erhielten entweder präzise Anweisungen oder wurden gemäßregelt, wenn bereits publizierte Artikel bei der nationalsozialistischen Führung auf Kritik oder Ablehnung stießen; äußerstes Pressionsmittel war ein zeitweiliges oder völliges Berufsverbot.

Man wird also davon ausgehen müssen, daß die gelenkte Presse Bestandteil der propagandistischen Abschilderung und Legitimierung der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik war. ⁵⁶ Mithin stellt sich die Frage, welche Funktion die positive Beurteilung Roosevelts in den ersten Jahren nach 1933 im Rahmen der nationalsozialistischen Politik zu erfüllen hatte; das gilt insbesondere für den vom Präsidenten angestrebten und teilweise auch realisierten Macht-

zuwachs der Exekutive im amerikanischen Verfassungssystem. Drei Gesichtspunkte sollen hier hervorgehoben werden:

1. Zunächst lag die positive Einschätzung Franklin D. Roosevelts auf der Linie der vorsichtigen Außenpolitik des Dritten Reiches während der Phase der innenpolitischen Machtkonsolidierung. Die nationalsozialistische Führung bemühte sich darum, auf dem Gebiet der Außenpolitik Kontinuität zu demonstrieren. In diesem Kontext war es naheliegend, an die enge deutsch-amerikanische Kooperation der Weimarer Kabinette wenigstens verbal anzuknüpfen und sich mit kritischen Äußerungen über die amerikanische Regierung zurückzuhalten. So wurde die Presse beispielsweise Anfang Juli 1933 angewiesen, „Angriffe gegen Amerika“, gegen die „Regierung der Vereinigten Staaten und den Präsidenten Roosevelt unbedingt zu unterlassen“. ⁵⁷ Anlaß waren Äußerungen Roosevelts vom 3. Juli über die Priorität binnenwirtschaftlicher Maßnahmen zur Krisenbewältigung gegenüber einer international ausgehandelten Festsetzung eines verbindlichen Dollarwechselkurses, die u.a. zu einem Scheitern der Londoner Weltwirtschaftskonferenz vom Sommer 1933 geführt hatten.

2. Das wichtigste Motiv für die positive Bewertung Roosevelts und dessen Bemühungen, das amerikanische Verfassungssystem zugunsten der Stärkung der Exekutive pragmatisch umzugestalten, liegt fraglos im Bereich der deutschen Innenpolitik. Warum wurden von der nationalsozialistischen Propaganda wiederholt Parallelen in der Politik Hitlers und Roosevelts konstruiert? Auffallend ist zunächst die Tatsache, daß zur Charakterisierung der Rooseveltischen Politik Begriffe bemüht wurden, die auch zur Charakterisierung der deutschen innenpolitischen Entwicklung nach der „Machtergreifung“ dienten; das gilt vor allem für die Betonung einer angeblich antiparlamentarischen Komponente der Rooseveltischen Politik, wie sie sich aus der Bewertung des Rooseveltischen *New Deal* als „diktatorische“ Maßnahmen und die Betonung eines Rooseveltischen „Führertums“ ergab. Die starke Hervorhebung der Rooseveltischen „Führungsaufgabe“ weist darauf hin, daß die nationalsozialistische Führung einige Elemente ihrer „Revolution“ nicht als spezifisch deutsches Phänomen verstanden wissen wollte.

Das gilt vor allem für die Umgestaltung des Verfassungssystems und namentlich für dessen antiparlamentarische Komponente. Hier wurde von der nationalsozialistischen Propaganda der Eindruck erweckt, als handle es sich bei der Zurückdrängung und Ausschaltung parlamentarischer Initiativen und Kontrollen um eine epochale Erscheinung, der sich selbst die Neue Welt, das „demokratische“ Amerika nicht habe entziehen können. Wenn sich das „Führerprinzip“ auch in den Vereinigten Staaten, dem „demokratischsten aller Länder“, durchgesetzt habe, so lautete die zuweilen auch direkt formulierte Argumentation, wenn auch in den USA der „Anbruch eines neuen Zeitalters“ sich angekündigt

habe, dann sollte dies als Beleg dafür herhalten, daß das „parlamentarische System, die Regierung einer Vielheit ohne Kopf“ sich nicht nur in Deutschland, sondern generell „überlebt“ habe. So formulierte der *Völkische Beobachter* etwa im Mai 1933 in einem Artikel mit der Überschrift „Roosevelts diktatorische Gesundheitsmaßnahmen“.⁵⁸ Diese nationalsozialistische Interpretation der amerikanischen „Verfassungswirklichkeit“ war eine geschickte propagandistische Legitimierung der „braunen Revolution“.⁵⁹ Gerade in der Phase der innenpolitischen Konsolidierung war die maßlose Überzeichnung autoritärer Züge im Roosevelt'schen Führungsstil und der Stärkung der Exekutive gegenüber dem Kongreß für das nationalsozialistische Regime innenpolitisch von großer Bedeutung.

3. Im Zuge der machtpolitischen Konsolidierung des NS-Regimes und der Lockerung der anfänglichen außenpolitischen Isolierung des Dritten Reiches verloren die genannten innen- und außenpolitischen Motive für eine positive Beurteilung der Roosevelt'schen Position innerhalb des *American System* für die nationalsozialistische Propaganda allmählich an Bedeutung. Hinzu kamen seit Mitte der 30er Jahre außenpolitische Komplikationen in den Beziehungen Berlins zu Washington. Seit Ende der 30er Jahre wurde Roosevelts *New Deal* dann zunehmend als „Mißerfolg“ charakterisiert, ihm wurde der nationalsozialistische „Erfolg“ gegenübergestellt. Wenn Verfassung und Rechtsprechung in den Vereinigten Staaten als wesentlicher Grund für den erwähnten „Mißerfolg“ Roosevelts angeführt wurden, dann sollte der deutschen Bevölkerung damit offenbar suggeriert werden, daß der nationalsozialistische „Erfolg“ die Beseitigung des parlamentarischen „Systems“ vorausgesetzt habe, daß es zum totalitären Führerstaat für Deutschland keine Alternative gebe.

Anmerkungen

* Erweiterte Fassung des am 4. Juni 1987 gehaltenen Vortrages; die folgenden Anmerkungen beschränken sich im wesentlichen auf den Nachweis der Zitate.

- 1 Schwarz, J. A.: *The Interregnum of Despair. Hoover, Congress, and the Depression*. Urbana, 1970.
- 2 Vgl. z. B. Lindley, K.: *The Roosevelt Revolution. First Phase*. New York, 1933, und Tugwell, R. G.: *Roosevelt's Revolution. The First Year – A Personal Perspective*. New York, 1977.
- 3 Bernstein, B. J.: „The New Deal: The Conservative Achievements of Liberal Reform“. – In ders. (Ed.): *Towards a New Past. Dissenting Essays in American History*. New York, 1969, S. 263–288. Vgl. hierzu insbes. Angermann, E.: *Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917*. München, 1983, S. 191ff., mit einem vorzüglichen Überblick über den *New Deal*.

- 4 Vgl. zum Forschungsstand Schröder, H.-J.: „Deutsch-amerikanische Beziehungen im 20. Jahrhundert. Geschichtsschreibung und Forschungsperspektiven“. – In Trommler, F. (Ed.): *Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte*. Opladen, 1986, bes. S. 497ff.
- 5 Hartmann, W.: „Deutschland und die U.S.A. Wege zu gegenseitigem Verstehen“. *Nationalsozialistische Monatshefte* 4, 1933, 491.
- 6 Hartmann, W.: „Politische Probleme der U.S.A.“. *Nationalsozialistische Monatshefte* 4, 1933, 494.
- 7 Hartmann, W.: „Deutschland und die U.S.A.“, 490.
- 8 Hartmann, W.: „Politische Probleme der U.S.A.“, 498.
- 9 *Völkischer Beobachter*, 7. Juli 1934.
- 10 *Völkischer Beobachter*, 10. November 1934.
- 11 *Frankfurter Zeitung*, 7. März 1934.
- 12 *Völkischer Beobachter*, 10. November 1934.
- 13 *Völkischer Beobachter*, 7. Juni 1933.
- 14 *Völkischer Beobachter*, 21. Juli 1934.
- 15 *Völkischer Beobachter*, 23. März 1934.
- 16 Ebd.
- 17 *Völkischer Beobachter*, 6. April 1934.
- 18 Anlage zu Undersecretary of State Phillips an Roosevelt, 26. März 1934, in: Franklin D. Roosevelt Library, Hyde Park/New York, OF-198, englische Übersetzung gedruckt in: *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. 1934 II*. Washington, 1958, S. 419.
- 19 Roosevelt, F. D.: *Looking Forward*. London, 1933; deutsche Ausgabe unter dem Titel: *Blick Vorwärts*. Berlin, 1933.
- 20 *Berliner Tageblatt*, 24. Juni 1933.
- 21 *Kölnische Zeitung*, 9. Juli 1933.
- 22 Rezension in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 39, 1934 I, 82*ff.
- 23 *V.D.I. Nachrichten. Mitteilungen des Vereins Deutscher Ingenieure*, 21. Juni 1933.
- 24 *Deutsche Wirtschafts-Zeitung* 30, 1933, 760.
- 25 *Völkischer Beobachter*, 11. Mai 1933.
- 26 *Völkischer Beobachter*, 7. Juni 1933.
- 27 *Opera Omnia di Benito Mussolini*. Bd. 26. Florenz, 1958, S. 23f.
- 28 *Journal of Commerce*, 13. Juli 1933.
- 29 *Völkischer Beobachter*, 21. Juni 1934.
- 30 *Völkischer Beobachter*, 21. Juli 1934.
- 31 *Deutsche Wirtschafts-Zeitung* 31, 1934, 511 und 775; vgl. Roosevelt, F. D.: *On Our Way*. New York, 1934; deutsche Ausgabe unter dem Titel: *Unser Weg*. Berlin, 1934.
- 32 *Völkischer Beobachter*, 21. Juni 1934.
- 33 *Völkischer Beobachter*, 7. Juli 1934.
- 34 *Völkischer Beobachter*, 11. Mai 1933.
- 35 *Völkischer Beobachter*, 17. Juni 1933.
- 36 *Völkischer Beobachter*, 7. Juli 1934.
- 37 Tröschner, T.: „Roosevelt und die Farmer“. *Die Tat* 25, 1933/34, 703.
- 38 *Völkischer Beobachter*, 9. November 1934.
- 39 *Völkischer Beobachter*, 21. Juli 1934.
- 40 *Völkischer Beobachter*, 15. Januar 1936.
- 41 *Völkischer Beobachter*, 14. Juni 1935.

- 42 *Völkischer Beobachter*, 10. Januar 1936.
- 43 *Völkischer Beobachter*, 14. Juni 1935.
- 44 *Völkischer Beobachter*, 20. Juni 1936.
- 45 *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*. Vol. 36. New York, 1940, S. 10f.
- 46 *Hamburger Nachrichten*, 4. Januar 1936.
- 47 *Berliner Börsen-Zeitung*, 4. Januar 1936.
- 48 *Hamburger Anzeiger*, 11. Januar 1936.
- 49 *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 4. Januar 1936.
- 50 Ebd.
- 51 *Hamburger Nachrichten*, 4. Januar 1936.
- 52 *Völkischer Beobachter*, 5. Januar 1936.
- 53 *Hamburger Anzeiger*, 11. Januar 1936.
- 54 *Das Reich*, 26. Mai 1940.
- 55 Zitiert bei Heiber, H.: *Joseph Goebbels*. Berlin, 1962, S. 137.
- 56 Vgl. aus der Fülle der Literatur die mit entsprechenden Bibliographien versehenen Publikationen von Hagemann, J.: *Die Presselenkung im Dritten Reich*. Bonn, 1970; Sywotek, J.: *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*. Opladen, 1976.
- 57 Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Brammer, Bd. 1, 5 und 6. Juli 1933.
- 58 *Völkischer Beobachter*, 11. Mai 1933.
- 59 Schoenbaum, D.: *Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches*. Berlin, 1968. Eine vergleichende Analyse aus historischer Perspektive bietet J. A. Garraty: "The New Deal, National Socialism, and the Great Depression". *American Historical Review* 78, 1972/73, 907-944.